

JOACHIM BISCHOFF

Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption

Krise und Paradigmenwechsel

In der weltwirtschaftlichen Rezession 1974/75 überstieg die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland erstmals seit Ende der fünfziger Jahre wiederum die Marke von einer Million. Der Sachverständigenrat (SVR) reagierte auf diese gesamtwirtschaftliche Störung mit einem Plädoyer für eine durchgreifende Verbesserung der Angebotsbedingungen für die Unternehmen. Die in den vorangegangenen Jahren verfolgte wirtschaftspolitische Konzeption, durch staatliche Investitionsprogramme, Stärkung der Massenkauflkraft oder Ausbau des öffentlichen Sektors die gesamtgesellschaftliche Nachfrage zu aktivieren und auf diese Weise die Investitionsunlust und Investitionsschwäche der Unternehmen zu überwinden, wird abgelehnt. Zu Recht kann man mit Blick auf diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konstellation im Verlauf der siebziger Jahre von einem Paradigmenwechsel sprechen: Der in der Tradition von Keynes entwickelten Kreislauftheoretischen Betrachtung wird durch die hegemoniale Mehrheit der ökonomischen Wissenschaft eine Absage erteilt. Die nicht zu bestreitende binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche wird als Reflex gestörter Angebotsbedingungen interpretiert. Die Selbstheilungskräfte – so die Argumentation – würden nach gründlichen Korrekturen in den Verteilungsverhältnissen wieder ihre Wirksamkeit entfalten; gefordert seien daher Lohnzurückhaltung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, aber auch eine Reduktion der Anspruchserwartungen an sozialstaatliche Transfers sowie ein kontinuierlicher Rückbau des Sozialstaates.

Die angebotstheoretische Konzeption der Wirtschaftspolitik zielt auf eine Stärkung der Unternehmensgewinne: Arbeitslosigkeit sei letztlich eine Folge zu hoher Löhne; die Reallöhne mögen infolge der Rezession zwar bereits gesunken sein, aber erst bei ihrem weiteren Fall werden Bedingungen erreicht, die die Unternehmen zu einer Ausweitung der Investitionen veranlassen.

Mit diesem Paradigmenwechsel wurde eine langjährige Phase von Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung eingeleitet, die allerdings mit Blick auf das Ziel einer deutlichen Verringerung der Massenarbeitslosigkeit eindeutig scheiterte. Der Konjunktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und zeitweilige Finanzstaatssekretär Heiner Flassbeck kommentiert diese Ära mit den Worten: »Danach wurde zwanzig Jahre gefördert, die Unternehmenssteuern wurden gesenkt, die Reallöhne blieben über weite Strecken hinter der Produktivität zurück. Der Wohlfahrtsstaat

Joachim Bischoff – Jg. 1944; Unterstützer der Memoranden; Mitherausgeber der Zeitschrift *Sozialismus*. Publikationen zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus, unter anderem: *Mythen der New Economy*, Hamburg 2001.

Das Gutachtergremium des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) wurde mit Gesetz vom August 1963 beschlossen. 1964 – unter Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – wurde das erste Jahresgutachten unter dem Titel »Stabiles Geld – stetiges Wachstum« vorgelegt.

Im Jahresgutachten des SVR (1977/78) findet sich die denkwürdige Positionsbestimmung in Sachen Reallohnsenkung und Sozialstaatsabbau: »Selbst wenn sich die günstigen

wurde reformiert, es wurde dereguliert und privatisiert.« Auf die Frage, weshalb denn diese neoliberale Roßkur nicht anschlage, erhält die Öffentlichkeit die Antwort: »Es sei noch nicht genug reformiert worden« (Flassbeck/Müller 2002).

Auf diesen Paradigmenwechsel reagierten etliche sozial engagierte Wissenschaftler und legten 1975 erstmals in kritischer Absetzung zum SVR Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit vor, die in den nachfolgenden Jahren von einer wachsenden Zahl von Bürgern vor allem aus den Bereichen der Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur unterstützt wurden. Rudolf Hickel, ein Initiator der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, faßt rückblickend zusammen: »Diesem Geschäft wirtschaftswissenschaftlicher Ideologiebildung tritt seit 1975 ... eine größere Gruppe kritischer WirtschaftswissenschaftlerInnen entgegen: die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« ... Diese verfolgt »das Ziel, bei der wirtschaftlichen Lagebeschreibung, der Krisenanalyse sowie der Konzipierung wirtschaftspolitischer Strategien die Interessen der Beschäftigten ins Zentrum zu rücken.« (Hickel 1994, S. 179)

Die nahezu übermächtige neokonservative Hegemonie ist durch die hartnäckige, geduldige Organisation dieser Gegenöffentlichkeit jedoch kaum aufgeweicht worden. Mit Blick auf die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und die universitären Strukturen kann man vermutlich eher von einer Verstärkung der Repräsentanz der »herrschenden Meinung« sprechen. Es ist ein eigentümlicher Widerspruch: Eine an den Interessen des »Kapitals« orientierte Ökonomie wird seit Jahrzehnten mit einer Alternative konfrontiert, in der die sozialen Interessen der Lohnarbeit und die Zielsetzung einer emanzipierten Arbeit ins Zentrum gerückt werden; zugleich ist der Pluralismus wissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Auffassungen in dieser Republik eher eingeschränkter als in den europäischen Nachbarländern.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ist eine bundesdeutsche Besonderheit. Die Erfolglosigkeit und gleichzeitige Unbelehrbarkeit des neoliberal gesinnten *mainstream* ist freilich ein Phänomen aller hochentwickelten kapitalistischen Länder. Es wäre eine einseitige Sicht auf die Alternativökonomie, wenn man zu Beginn des 21. Jahrhunderts bei einem Lamento über die eigene Erfolglosigkeit und die vermeintliche Unerschütterbarkeit und Arroganz der Macht des Neoliberalismus stehen bliebe.

Nach dem Urteil des früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Detlef Hensche ist die Situation »auch selbstverschuldet«. Bei einer seit Jahrzehnten erfolglosen Therapie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Stabilisierung der Systeme sozialer Sicherheit und einer noch radikaleren Steigerung der Konkurrenzfähigkeit müssen sich die oppositionellen Kräfte selbstkritisch fragen, weshalb sie keinen Erfolg haben. Für die Arbeitsgruppe gilt, daß sie sich Jahr für Jahr um die Formierung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses mit einem konkreten Programm bemüht; bei aller Sympathie und Unterstützung durch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen etc. bleibt jedoch festzuhalten, daß sie im politisch-gesellschaftlichen Raum über eine mehr oder minder anerkannte Minderheitenposition nicht hinauskam. Selbstverständlich gab und gibt es innerhalb der

Wirkungen, auf die Investitionen insbesondere, stärker verzögern sollten, als wir annehmen, bleibt dieses Urteil richtig. Strenger: Den Weg der Lohnzurückhaltung zu gehen, halten wir auch dann für angezeigt, wenn es 1978 noch nicht zu der stärkeren Entlastung am Arbeitsmarktkommen sollte.« (Jahresgutachten 1977/78, S. 389)

»Es geht einerseits um die Organisation einer wirtschaftswissenschaftlichen Gegenöffentlichkeit, die der nahezu übermächtigen neokonservativen Politikberatung Paroli bietet; andererseits ist eine inhaltliche Konzentration alternativer Kräfte bezweckt.« (Rudolf Hickel 1994, S. 179)

Was für Rudolf Hickel festgestellt wurde, kann auf die gesamte Arbeitsgruppe übertragen werden: »Mit gelassener Fröhlichkeit hat Rudolf Hickel all diesen Anfeindungen standgehalten. Immer wieder forderte er in der Blütezeit des Neoliberalismus staatliches Eingreifen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Daß er dabei wenig Erfolg hatte, weiß er selbst.« (Müller/Lafontaine 2002, S. 107)

Detlef Hensche konstatiert zu Recht: »Immer wieder werden ›der Neoliberalismus‹, seine Profiteure und seine Propheten zu einer Größe aufgeblasen, die bestenfalls dazu angetan ist, bestehende Widersprüche, Schwächen und Angriffspunkte aus dem Blick zu verlieren. Es ist in der Tat verführerisch, die Übermacht der anderen Seite herauszustellen, da dies von der Verantwortung für die eigene Schwäche befreit.

Allerdings ist dies auch selbstverschuldet.« (Hensche 2002, S. 246)

Selbstverständlich gilt die Übereinstimmung mit der Grundposition des *Memorandums* für die Unterzeichner von Kurz- und Langfassung nur mit Einschränkungen. Immerhin ist es nie zur Veröffentlichung eines Minderheitenvotums gekommen wie verschiedentlich beim Sachverständigenrat. Abgesehen von der Unterstützung der prinzipiellen Stoßrichtung der Konzeption beanspruchen die Mitwirkenden unterschiedliche Nuancierungen in den Details, was als Basis für eine Klärung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in der BRD ausgewiesen wird (1978, S. 7). Allerdings sind ausgewiesene Erklärungsansätze in den Stellungnahmen eher die Ausnahme, im Zentrum stehen wirtschaftspolitische Vorschläge.

»Die sozial-ökonomische Entwicklung vor allem seit 1975 zeigt deutlich, daß der viel beschworene Gewinn-Investitions-Mechanismus nicht in der Lage ist, Vollbeschäftigung – auch durch ein ausreichendes Maß an Arbeitszeitverkürzung – auf der Grundlage eines qualitativen Wachstums aus sich selbst heraus zu realisieren. Vielmehr werden mit dieser Politik der »Revitalisierung der Wirtschaft« Entwicklungsmöglichkeiten, die im Prinzip ausschöpfbar wären, verschüttet.« (Hickel 1994, S. 180)

»Der normale Zyklus ist nicht ein Resultat zu hoher Löhne, sondern vielmehr Ergebnis zu hoher Profite und der sich daraus ergebenden Überakkumulation, deren Korrektur durch Vernichtung und Entwertung bereits

politischen Linken mit Blick auf die Memorandumsposition auch andere Sichtweisen oder theoretische Präferenzen; unbestritten dürfte aber auch sein, daß eine veränderte Version von Gesellschaftspolitik oder entsprechenden Politikempfehlungen an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen wenig geändert hätte. Betrachten wir zunächst die Grundkonzeption der Memorandumsgruppe.

Stagnation – Krise – Massenarbeitslosigkeit

Im Zentrum steht die Erklärung der Tendenz zur Abschwächung des Wirtschaftswachstums, der Folgen des technischen Fortschritts und der Massenarbeitslosigkeit. Die in den kapitalistischen Ländern vorherrschende Betrachtungsweise führt die Beschäftigungsprobleme letztlich auf überhöhte Löhne, eine ungenügende Differenzierung bei den Arbeitseinkommen und eine überzogene Anspruchshaltung der eigentumslosen sozialen Schichten zurück. Im Gegensatz dazu wird in den *Memoranden* betont, daß die Profitsteuerung das Wesen der kapitalistischen Ökonomie ausmacht und insofern für eine solche gravierende Deformation wie die jahrzehntelange Massenarbeitslosigkeit eben der gestörte Zusammenhang von Gewinnen und Investitionen verantwortlich ist. »Hier liegt der Ausgangspunkt einer anderen Strategie, die die Sicherung beziehungsweise Schaffung humaner Arbeitsplätze mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und dem Abbau des »militärisch-industriellen Komplexes« verbindet« (Hickel 1994, S. 180).

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative tritt in dieser Gegenüberstellung der Erklärung der Massenarbeitslosigkeit deutlich hervor. Die herrschende Position will eine Revitalisierung der kapitalistischen Ökonomie und der Akkumulationsdynamik erreichen, während die *Memorandumsgruppe* eine gesellschaftliche Steuerung des Wirtschaftswachstums anstrebt, bei der mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugleich strukturelle Defizite verändert werden sollen: die Humanisierung der Arbeit, ein ökologischer Umbau und eine Entmilitarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Erfolgsgarantie einer solchen Strategie wird auf dem Terrain der Verteilungspolitik gesehen; eine wachsende Verzerrung der Verteilungsverhältnisse ist für die ökonomischen Probleme verantwortlich; eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Bezieher von Arbeitseinkommen könnte daher die Chance eröffnen, über die Herausbildung eines gesellschaftlichen und wahlpolitischen Kräfteverhältnisses einen tiefgreifenden Reformprozeß durchzusetzen.

Deformation des Konjunkturzyklus

Konjunkturzyklen und Krisen sind Grundphänomene des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Allerdings gibt es über die Erklärung dieser mehr oder minder regelmäßigen Ebbe- und Flutperioden der Konjunktur genauso wenig Konsens wie über die Analyse von zyklusübergreifenden Prosperitäts- oder Stagnationsphasen. Eine Debatte über diese Ansätze ist von *Memorandum* nicht organisiert worden. Die Grundargumentation wurde jedoch Ende der siebziger Jahre umrissen. Danach wird der Konjunkturzyklus, der letztlich auf eine Schiefelage in den Verteilungsverhältnissen zurückzuführen ist, zum einen durch eine Schwächung der immanenten Aufschwungsdyna-

mik beschädigt und muß zum anderen im Kontext einer langfristigen Tendenz zur überkonjunkturellen Überakkumulation gesehen werden. Sehr selbstbewußt erklärt Hickel auf Einwände und Zweifel, daß diese Zyklustheorie des *Memorandums* sowohl die klassischen Konjunkturtheorien verarbeitet als auch die neueren Theorien der kumulativen und zyklischen Instabilität aufgenommen habe.

Das Weiterführende dieses Ansatzes sei die These von der strukturellen Kraft der wirtschaftlichen Krise. Einwände, die sich auf diese Version des Konjunkturzyklus richteten und die die Anlehnung an die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus (»Stamokaptheorie«) für problematisch hielten (Riese 1979, S. 38), wurden beiseite geschoben. »Angesichts dieser strukturellen Veränderungen im Investitions-, Preis- und Produktionsverhalten gehört die Beschreibung des Prozesses wachsender Monopolisierung in das Zentrum der umfassenden Zustandsanalyse. Daß die Monopolisierung zunimmt, daran dürfte spätestens seit der Vorlage der beiden »Hauptgutachten« durch die Monopolkommission kein ernstzunehmender Ökonom mehr zweifeln. Was strittig ist, sind die Schlüsse, die aus der zunehmenden Monopolisierung für die Funktionsmechanismen des ökonomischen Reproduktionsprozesses gezogen werden ... Der Vergleich der Zyklusbewegung unter Bedingungen der Monopolisierung mit der der vollkommenen Konkurrenz kann niemals die Behauptung implizieren, man wolle die Monopolisierung rückgängig machen, um zur heilen Welt der vollkommenen Konkurrenz zurückzukommen. Im Gegenteil, denn egal wie die Konkurrenzform ausgeprägt ist, Zyklus und Krise sind Elementarbestandteile eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Weiterhin ist der Konkurrenz ohnehin die Tendenz zur Monopolisierung inhärent.« (Hickel 1979, S. 53)

Läßt man die ökonomischen Entwicklungstendenzen in Westdeutschland, Europa oder der Globalökonomie seit der Weltwirtschaftskrise 1975 Revue passieren, dann steht nicht die These des Rückgangs des Wachstumstrends auf dem Prüfstand, sondern die wichtige Frage, ob sich das in sich widersprüchliche Potential der Kapitalakkumulation präziser als durch den sich wiederholenden Verweis auf eine chronische Überakkumulation bestimmen läßt.

In den *Memoranden* wird die wachsende Verzerrung der Verteilungsverhältnisse in den Mittelpunkt gerückt. Die Erzielung eines möglichst hohen Gewinns für das kapitalistische Unternehmen ist die Grundkonstellation dieser Gesellschaftsform, »woraus sich gesamtwirtschaftlich die Maximierung der Unternehmenseinkommen, der Profitquote als Tendenz des Systems ergibt. Wird die Profitquote jedoch aus systemimmanenten Gründen nicht reduziert, so kommt es auf diesem Wege zur langfristigen Überakkumulation: Die falsche Verteilung schlägt in der Folge voll auf den Reproduktionsprozeß durch« (1978, S. 94). Überkapazitäten müssen in Rezessionen bereinigt werden, aber die Korrektur der Wert- und Preisverhältnisse stößt selbst auf wachsende Schwierigkeiten.

An diesem Punkt tritt eine Schwäche der Argumentation hervor. Wachsende Bildung von Geldkapital, Ausdehnung entsprechender Anlageformen und eine wachsende Verzerrung zwischen den Unternehmensrenditen und der entsprechenden Zinsrate für Geldkapital

fixierten Kapitals, durch massenhafte Unternehmenszusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit, kurz durch die Rezession erfolgen muss ...« (1978, S. 80).

»Konkurrenz, Krise und Monopolisierung bilden die drei Elemente, die die Dynamik kapitalistischer Wirtschaftssysteme ausmachen. Die Tendenz zur Monopolisierung schafft niemals die Krise ab – wie mit der Absicht bewußter Verfälschung gelegentlich gegenüber dem *Memorandum* behauptet wird –, sondern sie modifiziert ihren Verlauf.« (Hickel 1979, S. 57)

»Werden die Profite dagegen in Antizipation unzureichender Nachfrage nicht akkumuliert, sondern monetär angelegt oder ins Ausland verbracht, so ergeben sich anhaltende Wohlstandsminderungen für die Gesellschaft, die durch die Verwandlung der Profite in Löhne und deren konsumtive Verwendung hätten vermieden werden können.« (1978, 94 f.)

»Mit der Zunahme von Finanzanlagen bei einem gleichzeitigen Rückgang der Realinvestitionen wird nicht nur die erklärte Rechtfertigung der Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gewinnentlastung zur Makulatur, sondern auch die Sicherung des sozialen Friedens ... aufs Spiel gesetzt ... Das stellt einen Rückfall sogar hinter die Ziele des deutschen Modells des ›Rheinischen Kapitalismus‹ beziehungsweise der Sozialen Marktwirtschaft dar, die nach verbreiteter Meinung mit zum ökonomischen und sozialen Erfolg des westdeutschen Teilstaats nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen hat.« (2002, S. 78)

»Die Krisentheorie stellt zu einseitig auf den Profitratenverfall beziehungsweise die Gewinnmaximierung als ausschließlichen Bestimmungsfaktor des Unternehmerverhaltens ab. Insofern führen die Verfasser, ebenso wie der Sachverständigenrat, ihre Krisenerklärung auf die gleiche Wurzel zurück, nämlich auf Ertrag- oder Renditeveränderungen. Nach unserer Auffassung ist die derzeitige Krise vornehmlich ... auf die vielfältigen strukturellen und technologischen Faktoren, einschließlich der weltwirtschaftlichen Veränderungen zurückzuführen ... Ein Widerspruch scheint auch zu sein, daß einerseits aus dem Gewinnverfall die Krise abgeleitet wird, andererseits jedoch ... in den letzten Jahren eine ständige Umverteilung der Einkommen zugunsten der Gewinne festzustellen sei.« (Alternative Wirtschaftspolitik 1979, S. 7)

und Vermögensanlagen sind zunächst keineswegs strategische Antworten auf eine chronische Überakkumulation, sondern mehr oder minder normale Phänomene des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs des Kapitals. Allerdings verändert sich der Kapitalismus seit 1975 erheblich und hier stellt sich die Frage, ob mit der Fokussierung auf die Unternehmensgewinne diese Entwicklungstendenz und deren Auswirkung auf den Zusammenhang von Konjunkturzyklus und Langfristentwicklung der Kapitalakkumulation hinreichend präzise erklärt werden kann.

Im *Memorandum 2002* wird vom Übergang in eine *Shareholder-Gesellschaft* und einem Marsch in den Kasino-Kapitalismus gesprochen (S. 77). Es wird die These aufgegriffen, daß im Verlauf der Krisenprozesse in den siebziger Jahren eine Zäsur in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern einsetzt, die auf einen Bruch mit dem sozial gebändigten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte hinausläuft. Eine solche Transformation des mehr oder minder sozial regulierten Kapitalismus – die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen Typus und den verschiedenen Varianten des »Rheinischen Kapitalismus« bleiben hier ausgeklammert – wirft viele Fragen nach den Ursachen und dem Widerspruchspotential des *Shareholder-value-Kapitalismus* auf. Mit Blick auf die theoretische Konzeption des *Memorandums* ist zu fragen, ob das frühzeitige Gespür für einen weitreichenden Paradigmenwechsel nicht durch eine Verengung der theoretischen Konzeption begrenzt wurde.

Die theoretische Konzeption des ›Memorandums‹ und das fordistische Produktionsmodell

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßte 1978 das Engagement der kritischen Wirtschaftswissenschaftler, wollte sich aber die theoretische Grundkonzeption nicht zu eigen machen. Insbesondere wehrten sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung, die Krise von 1974/75 sei zentral auf eine Absenkung der Arbeitseinkommen und einen deutlichen Anstieg der Unternehmensgewinne zurückzuführen. Die Beweisführung im *Memorandum 2002* hebt darauf ab, daß die Arbeitseinkommensquote in der Tat erst nach der Krise 1975 rückläufig war (S. 67). »Ab Mitte der siebziger Jahre hat in allen großen Industrieländern eine kontinuierliche Umverteilung des Volkseinkommens zulasten der Löhne und Gehälter und zugunsten der Gewinne stattgefunden« (Huffschild 2002, S. 1077). Fakt ist, daß bis in die siebziger Jahre hinein in den hochentwickelten Ländern eine Tendenz zur Ausweitung des Anteils der Arbeits- und Sozialeinkommen am gesellschaftlich verfügbaren Einkommen vorherrschte. Diese Entwicklungslinie hatte den Grund, daß die Nachkriegsprosperität auf einer Durchkapitalisierung der Gesellschaft oder einer Ausweitung der Kapitalakkumulation (innere Landnahme) basierte. Die beschleunigte Kapitalakkumulation, das heißt, das Wachstum der Kapitals erfolgt in stärkerer Progression als der Fall der gesellschaftlichen Profitrate, produziert jene Phänomene, die von den Wirtschaftshistorikern zum Begriff des »goldenen Zeitalters des Fordismus« zusammengefaßt wurden. Die Ausweitung der Lohnarbeit, die Ausweitung von Methoden der kapitalistischen Massenproduktion und Massenkonsumtion auf den Großteil der gesell-

schaftlichen Teilsysteme, die Erschließung von neuen aus der Entwicklung der Gesellschaft selbst hervor wachsenden Bedürfnisfeldern (Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit) prägte die Kapitalakkumulation und die gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse. Selbstverständlich wurde auch in dieser Entwicklungsstufe um die Verteilungsrelationen gestritten und gekämpft (Streik); die Macht der Gewerkschaften war vor dem Hintergrund der aufsteigenden Linie der fordistischen Arbeitsorganisation aber so ausgebildet, daß dem Kapital entsprechende Kompromisse abgerungen wurden und eine soziale Regulierung der Kapitalverwertung zustande kam. Zumindest für die westeuropäischen Länder wirkten zudem die negativen Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise aus den dreißiger Jahren und den nachfolgenden zerstörerischen Auswirkungen des Faschismus und des Weltkrieges nach. Nur kurze Zeit nach dem Sieg über die faschistische Barbarei bestimmten linke Politikansätze die Politik in den europäischen Hauptländern; auch in der nachfolgenden Ära bürgerlicher Politik bestimmte faktisch eine eher keynesianische Sichtweise die gesellschaftliche Gestaltung und Regulierung. Hickel zitiert zu Recht das Gutachten des SVR von 1967, wo diese positive Einstellung der bürgerlichen Politik und des *mainstream* der ökonomischen Wissenschaft zum sozialstaatlich modifizierten Kapitalismus deutlich wird. Die Einrichtung des SVR kann selbst in den gesellschaftspolitischen Kontext eingeordnet werden, der Wirtschaftspolitik nach langen Jahren des unsystematischen oder spontanen Keynesianismus eine strengere Gestalt zu verleihen. Statt einer Weiterentwicklung der keynesianischen Sozialstaatspolitik setzt sich im Verlaufe der siebziger Jahre aber in allen kapitalistischen Hauptländern schrittweise eine gesellschaftliche Gegenreform durch.

Das verteilungstheoretische Argument, mit der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nach 1975 entstehe ein mächtiges Instrument zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten, ihrer gewerkschaftlichen Politik und den Belangen des Sozialstaates, wird breit geteilt. Unbestritten ist ferner, daß neben der Primärverteilung auch die verschiedenen Ebenen der Sekundärverteilung (Steuern, Sozialabgaben, Sozialtransfers) eingesetzt wurden, um deutliche Korrekturen in den Verteilungsverhältnissen anzubringen. Zugleich steht damit auch fest, daß die Zäsur oder der Paradigmenwechsel in den siebziger Jahren nicht durch eine vorangegangene Umverteilungspolitik erklärt werden kann. Gleichmaßen diskussionswürdig ist die These, die Wende sei «frühzeitig von der Mehrheit der Ökonomen konzeptionell vorbereitet und propagiert worden» (Hickel 1994, S. 178).

Die Konzeption eines regulierten Kapitalismus wuchs aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervor und hatte in verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. In der Folge der Weltwirtschaftskrise, der menschenverachtenden Politik der faschistischen Achsenmächte und der späteren Blockkonfrontation entwickelte sich in den kapitalistischen Hauptländern der keynesianische Interventions- und Wohlfahrtsstaat. Die Kapitalverkehrskontrollen, das regulierte internationale Währungs- und Finanzsystem, die stufenweise Senkung der Zölle (GATT), die mehr oder minder ausgeprägte *mixed economy* mit ihren nichtkapitalistischen Segmen-

»Erhalten die abhängigen Lohnarbeiter mehr Sicherheit und mehr Selbstbewußtsein in wirtschaftlichen Dingen, mehr Ansehen und mehr Würde in den gesellschaftlichen Beziehungen und mehr Hoffnungen und mehr Hilfen im wachstumsbedingten Strukturwandel, so verstärkt sich auch ihre Zustimmung zu dem System, in dem wir leben. Das Schwinden der ›industriellen Reservearmee‹ nach der Entdeckung der Vollbeschäftigungspolitik hat – zusammen mit der Kapitalakkumulation – in diesem Sinne fast den Charakter einer gesellschaftspolitischen Revolution.« (Hickel 1994, S. 178)

»Im Verlauf der sechziger Jahre geriet das Paritätensystem von Bretton Woods jedoch mehr und mehr unter Druck. Spannungen auf Grund divergierender wirtschafts- und vor allem stabilitätspolitischer Präferenzen in wichtigen IWF-Mitgliedsländern, damit einhergehende unterschiedliche Entwicklungen und zunehmend unglaubliche Paritäten lösten phasenweise massive Devisenströme und Spekulationswellen aus. Sie führten 1973 schließlich zum Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods.« (Deutsche Bundesbank 2001)

Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung beenden die Verhältnisse eines »organisierten Kapitalismus«. Die Renaissance der *Laissez-faire*-Konzeption vermochte zwar nicht – wie vielfach behauptet – die nationale Wirtschaftspolitik außer Kraft zu setzen, aber mit dem Machtgewinn der transnationalen Konzerne, also der fortschreitenden Oligopolisierung, verliert die national, selbst die supranational (EU-Ebene) ansetzende Gestaltungspolitik an Wirksamkeit. (vgl. Zinn 2000, S. 5).

Die Kapitallogik des Vermögensbesitzes wird in den *Memoranden* nicht systematisch in die Erklärungsstruktur einbezogen.

ten lieferten die Bedingungen für das Aufblühen der fordistisch-tayloristischen Betriebs- und Akkumulationsweise. Die Lohnabhängigen wurden nicht nur an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt, sondern auch die rechtliche und soziale Position der eigentumslosen sozialen Schichten wurde deutlich verbessert.

Ende der sechziger Jahre traten die immanenten Widersprüche des die fordistische Betriebsweise überwölbenden politischen Regulationssystems immer deutlicher zutage. Im Bereich der Massenerarbeit verschärften sich die Auseinandersetzungen um Arbeitsintensität, Qualifikation und Entlohnung. Auch auf der Ebene des internationalen Austauschs und des Währungssystems wuchsen die Konflikte. In den nachfolgenden Krisen wurde die Konzeption der internationalen Regulation und Steuerung aufgegeben; die *mixed economy* wurde schrittweise aufgelöst, das System sozialer Sicherheit eingeschränkt oder umgebaut und die Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben. Seither nahm die Bedeutung der internationalen Kapitalströme unaufhaltsam zu, begleitet von der wachsenden Verwendung innovativer Finanzinstrumente. Begünstigt durch die Informations- und Kommunikationstechnologie entwickelten sich die grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen explosionsartig und die überwunden geglaubten Finanzkrisen wurden erneut zum wichtigen Phänomen einer internationalisierten Globalökonomie.

Seit 1975 sind wir auch in der Bundesrepublik Deutschland mit der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise konfrontiert; die Elemente einer neuen Phase der Kapitalakkumulation sind erkennbar, aber die Krise des fordistischen Produktionsmodells ist noch nicht aufgehoben. Wir befinden uns in einem krisenhaften Übergangsprozeß, was bei den alternativen Konzeptionen zu der neoliberalen Flexibilisierungspolitik zu berücksichtigen wäre. In den *Memoranden* bleibt diese Dimension der Veränderung von Regulationsstrukturen des gegenwärtigen Kapitalismus jedoch weitgehend unberücksichtigt.

Zusammengefaßt lauten die wichtigsten Kritikpunkte an der theoretischen Konzeption des *Memorandums*:

1. Die Verteilung von Arbeits- und Gewinneinkommen erhält eine Bedeutung, die letztlich zu einer Unterbelichtung der Struktur des Produktionsmodells, der Arbeitsorganisation und zu einer Verkürzung der klassentheoretischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft führt. Die Krise des fordistisch-tayloristischen Entwicklungsstadiums wird der Schiefelage in den Verteilungsverhältnissen zugeschrieben; faktisch spielt die Veränderung der Produktivität, der Arbeitsorganisation, der Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft und letztlich der Protest und Widerstand der Lohnabhängigen eine zu geringe Rolle. Gleichermaßen wie für die Produktions- und Akkumulationsbedingungen des Wertes und des gesellschaftlichen Surplus' werden auch die internationalen Rahmenbedingungen und ihre Widersprüchlichkeit unterbewertet.

2. Die schrittweise Herausbildung des Mißverhältnisses von Real- und Geldkapitalakkumulation, die schon in den dreißiger Jahren eine Fehlentwicklung des Kapitalismus markierte und folglich in der Keyneschen Theorie eine wichtige Rolle spielte, ist nur schwer in die Grundkonzeption zu integrieren. Zwar taucht in den *Memoran-*

den die Bildung von ›Geldüberschüssen‹ bei den oberen Einkommensklassen auf; in der Krisenerklärung dominiert aber der Widerspruch zwischen Arbeits- und Unternehmenseinkommen.

3. Der »Strukturthese zur Monopolisierung und der Analyse ihrer Auswirkungen auf die kurzfristige Zyklusbewegung folgt im *Memorandum* eine Einschätzung der langfristigen Entwicklungschancen profitgesteuerter Marktsysteme.« (Hickel 1979, S. 59) Diese Tendenz zur Herausbildung einer zyklenübergreifenden Überakkumulation wird allerdings einseitig auf die Monopolisierung und die Tendenz des kapitalsparenden technischen Fortschritts abgestellt. Mit diesem Thesengerüst ist schwierig in Zusammenhang zu bringen, daß nachfolgend auf die Krise des Fordismus gerade die Entfesselung der Konkurrenz und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum einen großen Stellenwert hat.

4. Auf dem Terrain der Ideologiekritik führt die *Memorandums*-Position zu einer Überschätzung der Effekte der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Es kann zwar noch nicht von einer Überwindung der Krise des Fordismus und der chronischen Überakkumulation die Rede sein, allerdings zeichnen sich die Umrisse eines nachfolgenden Produktionsmodells ab. Wenn man unterstellt, daß eine solche Herausbildung eines Akkumulations- und Regulationsregimes des flexiblen Kapitalismus mit einem neuen sozialen Gesicht realistisch und wahrscheinlich ist, dann könnte der neue Modus der Integration der Lohnabhängigen keineswegs nur auf Zwangsverhältnissen basieren. Die neue Produktionswelt wird mit den Ergebnissen neoliberaler Politik gleichgesetzt und damit die emanzipativen, wenn auch widersprüchlichen Potentiale der flexiblen oder kundenzentrierten Massenproduktion mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte unterschätzt.

Scheitern des Keynesianismus und die Alternativen

Bis in die siebziger Jahre hinein war die Mehrheit der Wahlbevölkerung in den kapitalistischen Metropolen der Auffassung, daß dem Staat die Aufgabe zufalle, die Befriedigung bestimmter Grundbedürfnisse (soziale Sicherheit, Gesundheit, Wohnen, Bildung, Information und Kultur) zu gewährleisten. Diese Verpflichtung der Steuerung der Kapitalakkumulation schloß die Entwicklung einer *mixed economy*, eines wirksamen öffentlichen Sektors und eine Modifikation der aus der kapitalistischen Wertschöpfung hervorgehenden Primärverteilung ein. Mit diesen Regulationsansätzen existierte zugleich ein Rahmen für die Beeinflussung der Konjunktur und der internationalen Austauschverhältnisse. Der Keynesianismus machte eine dramatische Karriere durch, dem ein nicht weniger dramatischer Popularitätsverlust folgte. In der Anfangszeit der Alternativökonomie wurde noch über die Fragen der theoretischen Konsistenz debattiert. Gegen das populäre Mißverständnis, die Keynesische Wirtschaftspolitik mit Schuldenpolitik gleichzusetzen, kam man Ende der siebziger Jahre kaum an. Aber bei aller Bedeutung von Geldpolitik und gesellschaftlicher Einbettung der Investitionsfunktion des Kapitals trifft die Polemik von Jan Prieue den wunden Punkt: »Die (post) keynesianische Makroökonomie ist noch weit davon entfernt, eine kohärente Theorie zu werden, die auf breitem Konsens beruht und

Die *Memorandum*-Gruppe versteht unter Monopol den vorherrschenden realen Typus des kapitalistischen Unternehmens im Spätkapitalismus, der einerseits zwar für den Ausgleichungsprozeß der Profitraten keine Rolle spielen, andererseits aber doch die konkreten Verlaufsformen der Bewegungsgesetze des Kapitalismus einschließlic und insbesondere der Verlaufsformen von kapitalistischen Krisen wesentlich prägen soll (vgl. 1980, S. 95ff.). Mit einer derart weichen theoretischen Konstruktion wird man bei der Erfassung der Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus nicht weiterkommen.

Die Schattenseiten der Grundkonzeption des *Memorandums* schlagen sich in einer charakteristischen Schwäche bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Widerstandes zur Ablösung des »Blocks an der Macht« nieder.

»Dem raschen Siegeszug in der gesamten westlichen Welt, genährt u. a. durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, des Staatsinterventionismus im Kriegskapitalismus, aber auch propagiert durch simplifizierende ›Bastard-Lehrbuchmodelle, folgte der steile Niedergang in den siebziger Jahren. Als sich nach dem Ende des ›golden age‹ der Nachkriegszeit Inflation und steigende Arbeitslosigkeit ausbreiteten und einer der Grundpfeiler dieser Ära, das ... Bretton-Woods-Währungssystem von 1944 zusammenbrach, sahen die Keynesianer alt aus. Sie konnten keine kon-

sistente Alternative anbieten.« (Priewe 2002, S. 31)

Hickel benennt als den Kern der alternativen Wirtschaftspolitik: »Alle Maßnahmen, die im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik vorgeschlagen werden, zielen im Prinzip auf eine nachhaltige Umverteilung der Einkommen. Denn gesamtwirtschaftlich gibt es nicht etwa »Kapitalmangel«, sondern Überakkumulation ..., die aufgrund der einzelwirtschaftlichen Gewinn- dominanz nicht in die Felder der unterversorgten privaten und öffentlichen Bedarfe gelangt, um dort zur Finanzierung von Arbeitsplätzen, aber auch von Arbeitszeitverkürzungen zu führen. Diese Umverteilung der Einkommen zielt somit ebenso auf eine neue Produktions- beziehungsweise Angebots- struktur der Wirtschaft wie auf eine veränderte Zeit- struktur im Sinne deutlicher Arbeitszeitverkürzung.« (Hickel 1994, S. 181)

»Es müssen längerfristig aufgrund der Begrenztheit der keynesianischen Beschäftigungspolitik und der anhaltenden Krisentendenzen alternative Abstimmungs- und Steuerungsprozesse der volkswirtschaftlichen Entwicklung etabliert werden, durch die eine demokratische Ermittlung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse ebenso gewährleistet wird wie der effiziente Einsatz der Ressourcen zu ihrer Befriedigung unter humanen Produktions- und Lebensbedingungen. Rahmenplanung und Investitionslenkung sind die beiden zentralen Instrumente dieser notwendigen neuen Abstimmung; die Vergesellschaftung marktbeherrschender Unter-

als weithin akzeptiertes wirtschaftspolitisches Leitbild fungieren kann.« (Priewe 2002, S. 43) Zur Herausbildung und Hegemonie eines makroökonomischen Konsensus gehört aber nicht nur die vertiefte Auseinandersetzung mit den überlieferten Begründungen und wirtschaftspolitischen Instrumentarien. Zugleich muß auch eine Verständigung über die gegebene ökonomische Konstellation und die mittelfristigen Entwicklungstendenzen erzielt werden.

Die These des *Memorandums*, daß wir uns bei der langfristigen Systemprognose nach wie vor auf die empirisch bewährten »alten« Theorien der säkularen Entwicklung stützen können, ist also selbst in der Arbeitsgruppe nicht unumstritten.

Der Block an der Macht oder Keynes plus

Der harte Streitpunkt der Auseinandersetzung ist wie folgt markiert: Während die neokonservative Wirtschaftspolitik auf Lohnzurückhaltung, sozialen Druck durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und einen Rückbau sozialer Transfers zielt, wird in der alternativen Wirtschaftspolitik eine solche Konzeption als letztlich undemokratisch, uneffektiv und neue Anpassungszwänge der Wirtschaft produzierend abgelehnt. Daß über die verschiedenen Formen der Verteilungspolitik deutliche Beschäftigungseffekte und eine Verbesserung der Qualität in den Arbeits- und Lebensverhältnissen zu erreichen sind, ist das Fundament für die jahrzehntelange Opposition gegen den »Block an der Macht« mit seiner neoliberalen Grundorientierung. Im Memorandum 1978 hatte sich die Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund dieser kurzfristigen Interventionen für eine längerfristige Strategie ausgesprochen: man müsse eine Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum betreiben.

Infolge der jahrelangen Konfrontation mit der neoliberalen De- regulierungs- und Flexibilisierungspolitik ist dieser Aspekt einer längerfristigen Umgestaltungsperspektive des modernen Kapitalismus (Keynes plus), in die die alternative Wirtschaftspolitik eingebettet sein muß, nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit behandelt und weiterentwickelt worden. Sicherlich hat sich heute die Gestalt von Schlüsselbereichen der Ökonomie deutlich verändert, Art und Umfang von marktbeherrschenden Unternehmen war stets ein umstrittener Punkt. Durch die vielfältigen Eingriffe in das System der sozialen Sicherung steht heute für eine Konzeption des *Keynes plus* die Neugestaltung von einem modernen Lohnarbeitsverhältnis mit der deutlichen Verbesserung sozialer Sicherheit im Vordergrund. Es geht mithin um die Entwicklung einer gemischten Ökonomie auf Grundlage erweiterter Rechte und Sicherheit der Lohnarbeit. Eine moderne *mixed economy* ist nicht nur charakterisiert durch pluralistische Eigentumsformen (kapitalistische, genossenschaftliche, gemeinnützige und öffentliche Unternehmen), sondern in der Tat durch Rahmenplanung und Investitionslenkung. Allerdings ist der Aktionsradius eines solchen Regulierungs- und Steuerungssystems die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ohne eine Demokratisierung und Weiterentwicklung von internationalen Kontroll- und Steuerungssystemen ist allerdings eine solche längerfristige Perspektive unrealistisch.

Literatur:

- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg.
- Aglietta, Michel (2002): Läßt sich der Weltkapitalismus regulieren?, in: Sozialismus 11.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum, Ausgaben 1978-2002, Köln.
- Alternative Wirtschaftspolitik (1979), Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion, Berlin.
- Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus (2002): Was erwartet uns nach den Septemberwahlen?, in: Sozialismus 7/8.
- Deutsche Bundesbank (2001): Grenzüberschreitender Kapitalverkehr und die Rolle des internationalen Währungsfonds, Monatsbericht Juli.
- Flassbeck, Heiner/Müller, Albrecht (2002): Ein babylonisches Mißverständnis, in: FAZ, 23. Februar
- Hensche, Detlef (2002), Wissenschaft und Gewerkschaftliche Praxis, in: Heseler, Heiner et al., Gegen die Markt-Orthodoxie, Hamburg.
- Heseler, Heiner et al. (2002): Gegen die Markt-Orthodoxie, Hamburg.
- Hickel, Rudolf (2001): Die Risikospirale, Frankfurt.
- Hickel, Rudolf (1994): Alternative Wirtschaftspolitik, in: Marxistisches Wörterbuch, Bd 1.
- Hickel, Rudolf/Schui, Herbert (1983): Kreislaufökonomik in der Krise, in: WSI-Mitteilungen 5.
- Hickel, Rudolf (1987): Ein neuer Typ der Akkumulation?, Hamburg.
- Hickel, Rudolf et al. (2001): Politik des Kapitals – heute, Hamburg.
- Hoffmann, Jürgen (Hrsg.) (1983): Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression, Hamburg.
- Huffschnid, Jörg (2002): Mit worldcom in den großen Crash?, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 9.
- Initiative für einen Politikwechsel (2002): Memorandum, Hamburg.
- Müller, Christa/Lafontaine, Oskar (2002): Stehvermögen, in: Heseler (2002).
- Prieue, Jan (2002): Fünf Keynesianismen, in: Heseler (2002).
- Riese, Hajo (1979): Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums, in: Alternative Wirtschaftspolitik (1979).
- Spahn, Hans-Peter (1983): Überschüssige Ersparnisse und Profite als Ursache der Stagnation?, in: WSI-Mitteilungen 5.
- Zinn, Karl Georg (2002): Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA im Kontext der Debatte um die »New Economy«, in: Heseler (2002).
- Zinn, Karl Georg (2000): Gewinner und Verlierer der Globalisierung?, in: Sozialismus 7-8, (Supplement).

nehmen und wichtiger Schlüsselbereiche der Wirtschaft ist die materielle Basis, auf der die wirtschaftliche Entwicklung zuverlässig gelenkt werden kann.« (1978, S. 101)

Eine demokratische Umgestaltung des Kapitalismus wird nur dann den nötigen Rückhalt bei der Bevölkerung finden, wenn die Politik der Ausweitung sozialer Unsicherheit zur Erhöhung der Leistungsabforderung bei den eigentumslosen sozialen Schichten beendet wird.